

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Sitzung: Donnerstag, 01.10.2015

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:10 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Annette Schütze - SPD

Mitglieder

Herr Frank Täubert - CDU	Vertretung für: Herrn Claas Merfort
Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU	
Frau Kate Grigat - SPD	
Herr Björn Hinrichs - CDU	bis 17:00 Uhr
Frau Annette Johannes - SPD	
Frau Jutta Plinke - B90/GRÜNE	bis 17:20 Uhr
Herr Peter Rosenbaum - BIBS	
Frau Susanne Schmedt - B90/GRÜNE	
Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.	
Herr Klaus Wendroth - CDU	Vertretung für: Frau Friederike Harlfinger
Frau Claudia Jonda - Piratenpartei	
Herr Dr. Burkhard Budde	
Frau Christiane Jaschinski-Gaus	
Frau Christine Wolnik	
Herr Heinz Kaiser - Vertreter Vorstand des Behindertenbeirat	
Herr Blümel – Sprecher AGW	Vertretung für: Herrn Henning Eschemann

Verwaltung

Frau Dr. Hanke - Dezernentin V

Herr Klockgether – FBL 50

Frau Barget - FB 50

Abwesend

Mitglieder

Herr Claas Merfort - CDU	entschuldigt
Frau Friederike Harlfinger - CDU	entschuldigt
Herr Michael Baumgart	entschuldigt
Herr Henning Eschemann - Sprecher AGW	entschuldigt
Herr Dr. Günter Weinhausen - Vorsitzende/r des Seniorenrates	Abwesenheit
Herr Arним Graßhoff	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25.06.2015
- 3 Jobcenterangelegenheiten
 - 3.1 Halbjahresbericht 2015 des Jobcenters Braunschweig 15-00602
- 4 Mitteilungen
 - 4.1 Gesundheitswirtschaft-eHealth Metropolregion 15-00798
 - 4.2 Gesundheitsberichtserstattung - Einweisungen nach dem Niedersächsischen Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke (NPsychKG) 15-00607
 - 4.3 Flüchtlingssituation
 - 4.3.1 Flüchtlingssituation in Braunschweig 15-00684-01
 - 4.4 Referentenentwurf des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG) 15-00603
 - 4.5 Räumlichkeiten für Selbsthilfegruppen und die Kontaktstelle KIBiS 15-00627
 - 4.6 Tariferhöhung für das BS-Mobil-Ticket zum 1. Januar 2016 15-00486
 - 4.7 Berichtswesen für den Fachbereich Soziales und Gesundheit; Berichtszeitraum 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014 15-00681
- 5 Anträge
 - 5.1 Zusammensetzung örtlicher Beirat des Jobcenters 15-00029
 - 5.2 zu DS 3904/15: Zusammensetzung örtlicher Beirat des Jobcenters 15-00029-01
 - 5.3 Jobcenter - Umfrage zur Qualitätssicherung 15-00100

6 Anfragen

6.1 Nachhaltige Sicherung des Mehrgenerationenhauses 15-00668

Nichtöffentlicher Teil:

7 Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung

8 Mitteilungen

8.1 Auftragsvergabe über einen Rahmenvertrag für ordnungsbehördliche Bestattungen 15-00710

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Sie schlägt vor, den Antrag zu TOP 5.3 im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt Jobcenterangelegenheiten TOP 3.1 zu behandeln.

Des Weiteren teilt sie mit, dass sie darum gebeten habe den Tagesordnungspunkt "Flüchtlingssituation" vorerst generell mit aufzunehmen, weil sie es für wichtig halte, dass der Ausschuss für Soziales und Gesundheit von der aktuellen Entwicklung informiert werde.

Die Tagesordnung wird entsprechend der Vorschläge von Ratsfrau Schütze beschlossen.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25.06.2015

Ratsherr Rosenbaum dankt für die umfassende Beantwortung zum Protokoll.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

3. Jobcenterangelegenheiten

3.1. Halbjahresbericht 2015 des Jobcenters Braunschweig 15-00602

Auf Nachfrage von Ratsfrau Schmedt wird die nachfolgende Verteilung der Widersprüche zum Protokoll nachgereicht:

<i>"Widerspruchsgrund</i>	<i>Anzahl</i>	<i>in %</i>
§ 7 SGB II Berechtiger	69	4,4
§ 8 SGB II Erwerbsfähigkeit	1	0,1
§ 9 SGB II Hilfebedürftigkeit	14	0,9
§ 11 SGB II Einkommen	244	15,6
§ 12 SGB II Vermögen	4	0,3
§ 15 SGB II Eingliederungsvereinbarung	10	0,6
§ 16 Abs. 1 SGB II Leistungen zur Eingliederung	15	1,0
§ 16 b SGB II Einstiegsgeld	10	0,6

§16 c Leistungen zur Eingliederung v. Selbständigen	1	0,1
§ 16 e SGB II Leistungen zur Beschäftigungsförderung	1	0,1
§ 20 SGB II Regelbedarf	5	0,3
§ 21 SGB II Leistungen für Mehrbedarfe	32	2,0
§ 22Abs. I SGB II angemessene KdU	162	10,4
§ 22 Abs. 5 Umzug U25	2	0,1
§ 22 Abs. 6 Umzugskosten	18	1,2
§ 24 SGB II abweichende Leistungserbringung	60	3,8
§ 26 SGB II Zuschuss zu Versicherungsbeiträgen	3	0,2
§ 27 SGB II Leistungen für Auszubildende	3	0,2
§ 28 SGB II Bildung und Teilhabe	16	1,0
§31 SGB II Sanktionen	59	3,8
§ 31a Abs. II SGB II Sanktion U 25	13	0,8
§ 32 SGB Meldeversäumnis	50	3,2
§ 34 SGB II Ersatzansprüche	4	0,3
§ 37 SGB II Antragserfordernis	1	0,1
§ 43 SGB II Aufrechnung	26	1,7
§ 44 SGB X Überprüfungsantrag	81	5,2
§ 45- 50 SGB X Aufhebung- und Erstattung	261	16,7
sonstige Angelegenheiten	350	22,4
Forderungsmanagement	6	0,4
§ 51 SGB I Aufrechnung	1	0,1
§ 52 SGB I Verrechnung	1	0,1
§ 60-66 SGB I Mitwirkung	41	2,6
<i>insgesamt</i>		1564

Die Kategorie „sonstige Angelegenheiten“ umfasst insbesondere Fallarten, die nicht konkret einer der genannten Fallarten zugeordnet werden können, da oft mehrere Punkte angefochten werden.“

Auf den Vorschlag von Frau Schmedt den Beirat des Jobcenters in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit einzuladen, verweist Ratsfrau Schütze auf die Anträge mit denen eine Beteiligung von Ratsmitgliedern im Beirat des Jobcenters zukünftig möglich sein werde und deshalb vorerst eine Einladung entbehrlich mache.

Ratsfrau Schütze bemängelt, dass der Fonds für Kinderarmut verwendet werde für Maßnahmen, die eigentlich durch BuT-Leistungen abgedeckt wären. Sie plädiert für eine bessere Inanspruchnahme der BuT-Leistungen. Frau Dr. Hanke erklärt, dass es auch im Interesse der Stadt sei vorrangig die Bundesleistungen in Anspruch zu nehmen. Aus ihrer Sicht handle es sich um ein organisatorisches Problem, dass überprüft werde. Die Verwaltung werde hierzu in einer der folgenden Sitzungen berichten.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen

4.1. Gesundheitswirtschaft-eHealth Metropolregion 15-00798

Herr Florysiak als Vertreter der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH und Herr Dr. Hellrung, symeda GmbH berichten über die Gesundheitswirtschaft-eHealth. Die Präsentation zu ihrem Vortrag ist dem Protokoll in der Anlage beigefügt.

Die Mitteilung wird im Ausschuss kontrovers diskutiert. Frau Dr. Hanke teilt zum weiteren Vorgehen mit, dass im Falle der Bewilligung des Antrages entsprechend der Mitteilung verfahren werde.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Gesundheitsberichterstattung - Einweisungen nach dem Niedersächsischen Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke (NPyschKG)

15-00607

Frau Dr. Buhr-Riehm führt auf verschiedene Nachfragen aus, dass die Auswertungen noch sehr aktuell seien und erst jetzt damit begonnen werden könne die Ergebnisse zu hinterfragen. Insbesondere werde man die hohen Zahlen der Demenz bedingten Einweisungen und der Häufung im Siegriedviertel näher untersuchen, um die Gründe dafür herauszufinden.

Ratsfrau Schütze bittet um eine weitergehende Berichterstattung nach der erfolgten Auswertung.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.3. Flüchtlingssituation

Frau Dr. Hanke berichtet umfassend über den derzeitigen Sachstand zur Flüchtlingssituation in Braunschweig.

Sie legt dar, dass für die Flüchtlinge in der LAB das Land zuständig sei. Die Zuständigkeit der Stadt beschränkt sich auf die minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge, deren Inobhutnahme durch den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie zu erfolgen habe. Derzeit seien rund 100 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge von der Stadt unterzubringen. Ab 1. November 2015 erfolge eine Quotierung auf voraussichtlich 90 pro Jahr.

Darüber hinaus erfolgten im Städtischen Gesundheitsamt die Erstuntersuchungen der Flüchtlinge. Zurzeit könnten 140 Personen täglich untersucht werden. Ab Anfang der Woche würden 250 Personen erwartet werden. Um die täglichen Untersuchungszahlen steigern zu können, sei dringend ein weiteres mobiles Röntgengerät notwendig. Die Beschaffung sei bisher trotz aller Anstrengungen erfolglos geblieben.

Das Klinikum Braunschweig habe in der vergangenen Woche im Auftrag des Gesundheitsamtes ausgeholfen und habe ebenfalls Erstuntersuchungen übernommen. Die Durchführung von Erstuntersuchungen durch das Klinikum seien nur stark eingeschränkt möglich, weil oftmals die räumlichen Bedingungen ein Einhalten der Hygienevorschriften nicht möglich machen würden.

Frau Dr. Hanke führt weiter aus, dass der LAB ein Funktionsgebäude in der Kälberwiese zur Isolierung erkrankter Flüchtlinge sowie die Sporthalle Isoldestraße angeboten wurde. Die Sporthalle in der Boeselagerstraße wurde der LAB zunächst auf einen nicht begrenzten Zeitraum zur Verfügung gestellt. Eine weitere Sporthalle werde für eine kurzfristige Nutzung vorbereitet, für den Fall das weitere Flüchtlinge in Braunschweig notfallbedingt kurzfristig untergebracht werden müssten.

Zur Situation im Stadtteil Kralenriede teilt sie mit, dass es eine erhöhte Präsenz der Polizei und des zentralen Ordnungsdienstes der Stadt gebe. Über das Projekt "ART" würden in Zusammenarbeit mit dem DRK Betreuung und Ansprechpartner zur Verfügung gestellt. Um Vermüllung vorzubeugen, erfolge die Leerung der Müllbehälter täglich. Es erfolge eine Erweiterung der Buslinien, Busbegleiter sollen eingesetzt werden und die Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung seien ausgesetzt.

Die Volkshochschule biete ein Sprachangebot an, mit dem das B1 - Zertifikat erworben werden könne, mit Hilfe dessen eine Einsortierung in die entsprechenden Schulformen möglich sei. Unterstützt würden diese Maßnahmen von Studenten der TU Braunschweig.

Die zahlreichen Spenden und ehrenamtlichen Hilfsangebote seien sehr hilfreich, aber müssten koordiniert werden. Dazu seien die Kompetenzen und möglichen Einsatzbereiche zu klären.

Zwischen der LAB, Polizei und der Stadt bestehe eine enge Kommunikation. Der von der Politik angeregte "runde Tisch" habe sich inzwischen konstituiert.

Auf Nachfragen aus der letzten Sitzung teilt Frau Dr. Hanke mit, dass seit dem 1. Oktober 2015 die Heimausweise als Berechtigung für die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs gelten. Das Land leiste eine Erstattung an die Verkehrsbetriebe.

Parallel zu den genannten Maßnahmen bereite sich die Stadt vorsorglich darauf vor, möglicherweise zukünftig auch dauerhaft Flüchtlinge aufnehmen zu müssen. Zurzeit gibt es hierzu noch keine Hinweise.

Herr Blümel teilt ergänzend mit, dass 6 Tonnen Kleiderspenden eingegangen seien und noch weitere eingingen. Teilweise konnten diese Spenden zur Einrichtung der Flüchtlingsunterkünfte in Ehra-Lessien weitergegeben werden.

4.3.1. Flüchtlings situation in Braunschweig

15-00684-01

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.4. Referentenentwurf des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG)

15-00603

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.5. Räumlichkeiten für Selbsthilfegruppen und die Kontaktstelle KIBiS

15-00627

Auf Nachfrage von Herrn Sommerfeld führt Herr Klockgether ergänzend aus, dass inzwischen ein weiterer Besichtigungstermin des Gemeindehauses des Pfarramtes St. Laurentius stattgefunden habe. KIBiS habe grundsätzliches Interesse bekundet, aber wäre nur an einer Teilnutzung interessiert. Das Pfarramt wurde gebeten, die Bedingungen für eine mögliche Nutzung darzulegen. Im Übrigen wird die Mitteilung zur Kenntnis genommen.

4.6. Tariferhöhung für das BS-Mobil-Ticket zum 1. Januar 2016

15-00486

Ratsherr Sommerfeld fragt nach, ob es möglich sei, das Abstimmungsergebnis der Aufsichtsratssitzung der Verkehrs-GmbH zum Protokoll nachzureichen. Auf diese Frage wird zum Protokoll folgendes mitgeteilt:

"Eine Herausgabe der Ergebnisse aus der Aufsichtsratssitzung ist nicht gestattet."

Ratsfrau Schütze signalisiert grundsätzliches Verständnis für die Erhöhung des BS-MobilTickets würde sich als Gegenleistung aber wünschen, dass über eine Verschiebung des Gültigkeitsbeginns auf 8:30 Uhr nachgedacht würde.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.7. Berichtswesen für den Fachbereich Soziales und Gesundheit; Berichtszeitraum 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014

15-00681

Ratsfrau Schütze bittet zukünftig in die Mitteilung zum Berichtswesen zusätzliche Erklärungen aufzunehmen, weil die dargestellten Ergebnisse für die Ausschussmitglieder kaum nachvollziehbar seien.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5. Anträge

5.1. Zusammensetzung örtlicher Beirat des Jobcenters 15-00029

5.2. zu DS 3904/15: Zusammensetzung örtlicher Beirat des Jobcenters 15-00029-01

Die Anträge werden gemeinsam behandelt.

Frau Dr. Hanke berichtet, dass der örtliche Beirat des Jobcenters in seiner letzten Sitzung beschlossen habe, dass ab 1. Januar 2016 jeweils ein Vertreter jeder im Rat vertretenen Fraktion für die Dauer einer Wahlperiode in den Beirat entsandt werden kann.

Die Anträge werden daraufhin zurückgezogen.

5.3. Jobcenter - Umfrage zur Qualitätssicherung 15-00100

Der Antrag wird zurückgezogen.

6. Anfragen

6.1. Nachhaltige Sicherung des Mehrgenerationenhauses 15-00668

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

Einwohneranfrage:

Die vorgetragene Einwohneranfrage wird beantwortet.

Nichtöffentlicher Teil:

7. Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung

Die Verwaltung zieht die Mitteilung 15-00710 zurück.

Frau Dr. Hanke teilt zur Erklärung mit, dass dem Verwaltungsausschuss die Vorlage aufgrund eines falschen Auftragswertes in einer Sondersitzung am 6. Oktober 2015 erneut vorgelegt werde.

gez.

Schütze

Ausschussvorsitzende

gez.

Dr. Hanke

Dezernentin

gez.

Barget

Schriftführerin



Digitalisierung im Gesundheitswesen. Im Mittelpunkt: Der Mensch.

**3.800.000
Einwohner**

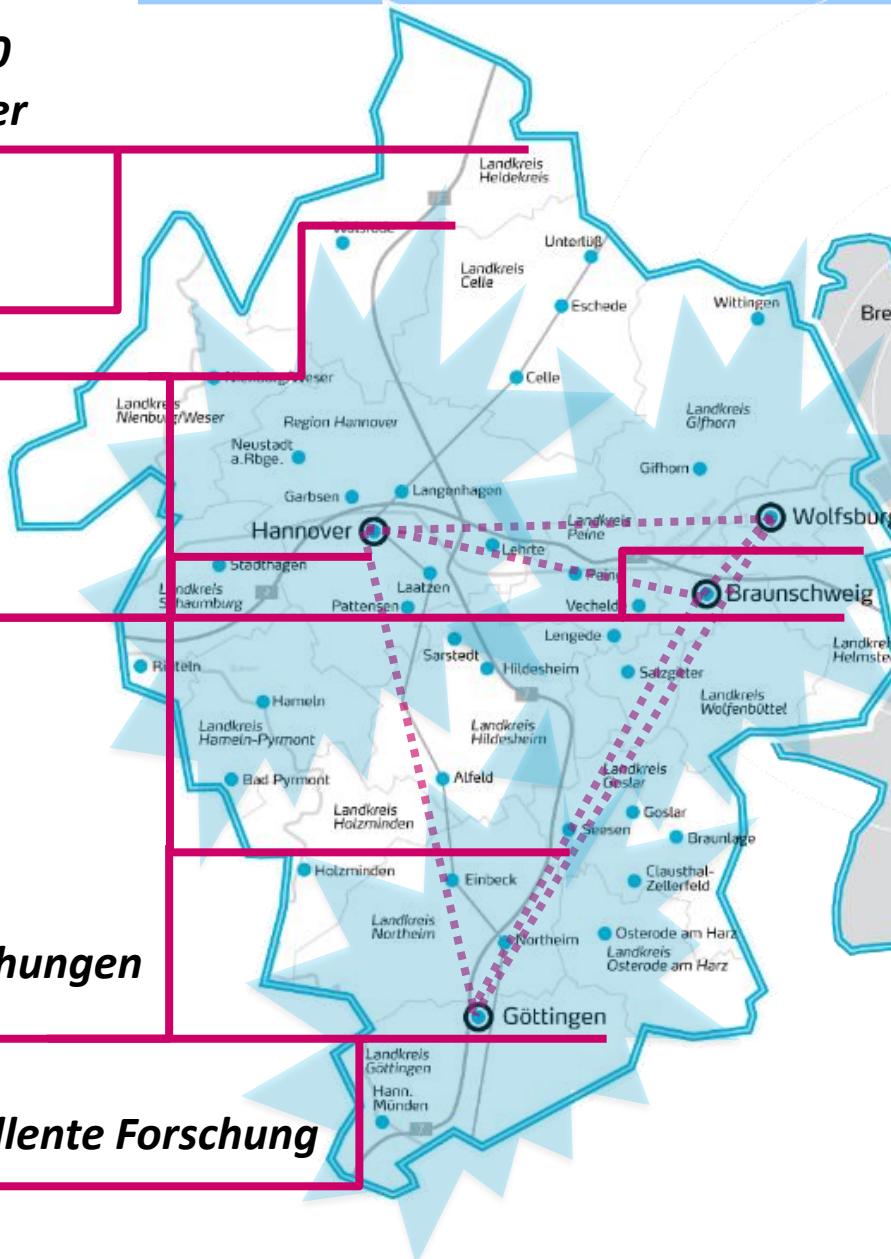
**19.000 km²
Fläche**

**Topografisch
vielfältig**

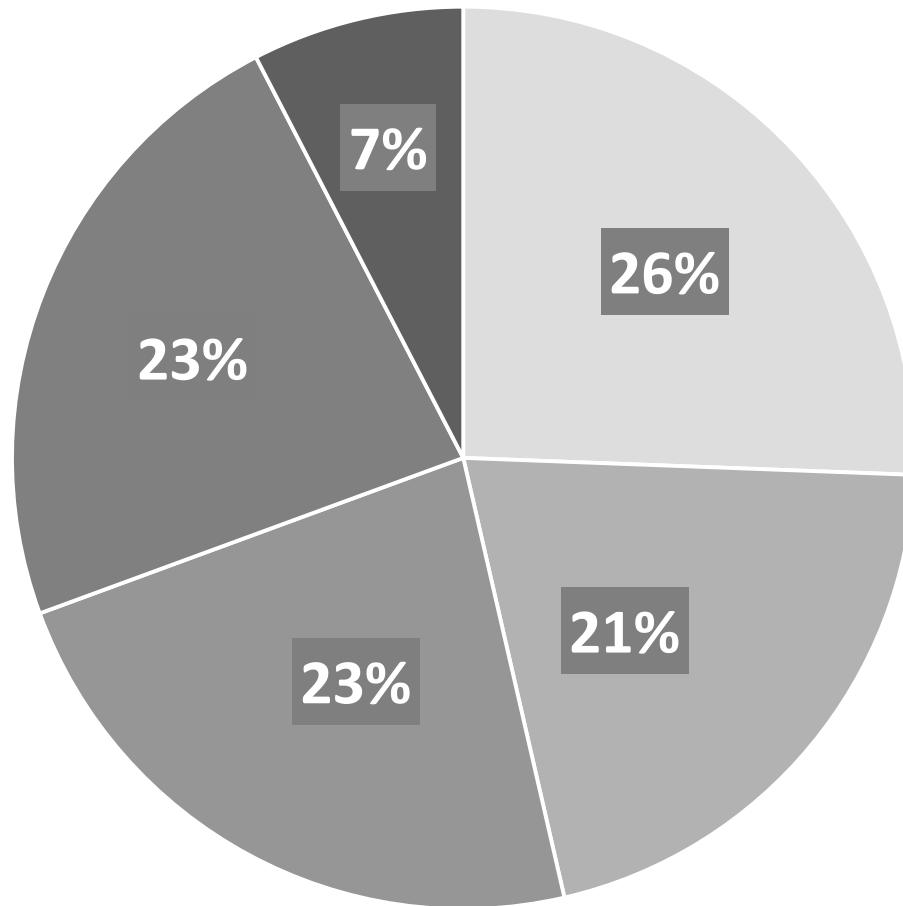
**Starke
Teilregionen**

**Intensive
Pendlerbeziehungen**

Exzellente Forschung



Gesellschafterstruktur und Akteure



Parlamentarischer Beirat

- Kommunen
- Namensgebende Städte
- Wirtschaft
- Wissenschaft
- Land Niedersachsen

Geschäftsführung



Aufsichtsrat

Stefan Schostok, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover

Ulrich Markurth, Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig

Birgit Honé, Staatssekretärin Niedersächsische Staatskanzlei

Rolf-Georg Köhler, Oberbürgermeister der Stadt Göttingen

Klaus Mohrs, Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg

Klaus Becker, Bürgermeister der Stadt Osterode am Harz

Dirk-Ulrich Mende, Oberbürgermeister der Stadt Celle (V)

Hauke Jagau, Regionspräsident der Region Hannover

Dr. Ingo Meyer, Oberbürgermeister der Stadt Hildesheim

Hartmut Meine, Bezirksleiter IG Metall Niedersachsen/ Sachsen-Anhalt

Dr. Volker Müller, Hauptgeschäftsführer Unternehmerverbände Niedersachsen (V)

Christoph Schulz, Vorstandsvorsitzender Braunschweigische Landessparkasse

Julius von Ingelheim, Leiter Regionalentwicklung Volkswagen Aktiengesellschaft

Dr. Horst Schrage, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Hannover

Prof. Dr. Christoph Baum, Präsident der Medizinischen Hochschule Hannover

Prof. Dr. Ulrike Beisiegel, Präsidentin der Georg-August-Universität Göttingen

Prof. Dr. Thomas Hanschke, Präsident der Technischen Universität Clausthal (V)

Dr. Christian Welzbacher, Institutsleiter des Heinz-Piest-Instituts für Handwerkstechnik an der Leibniz Universität Hannover

Gegenstand des Unternehmens

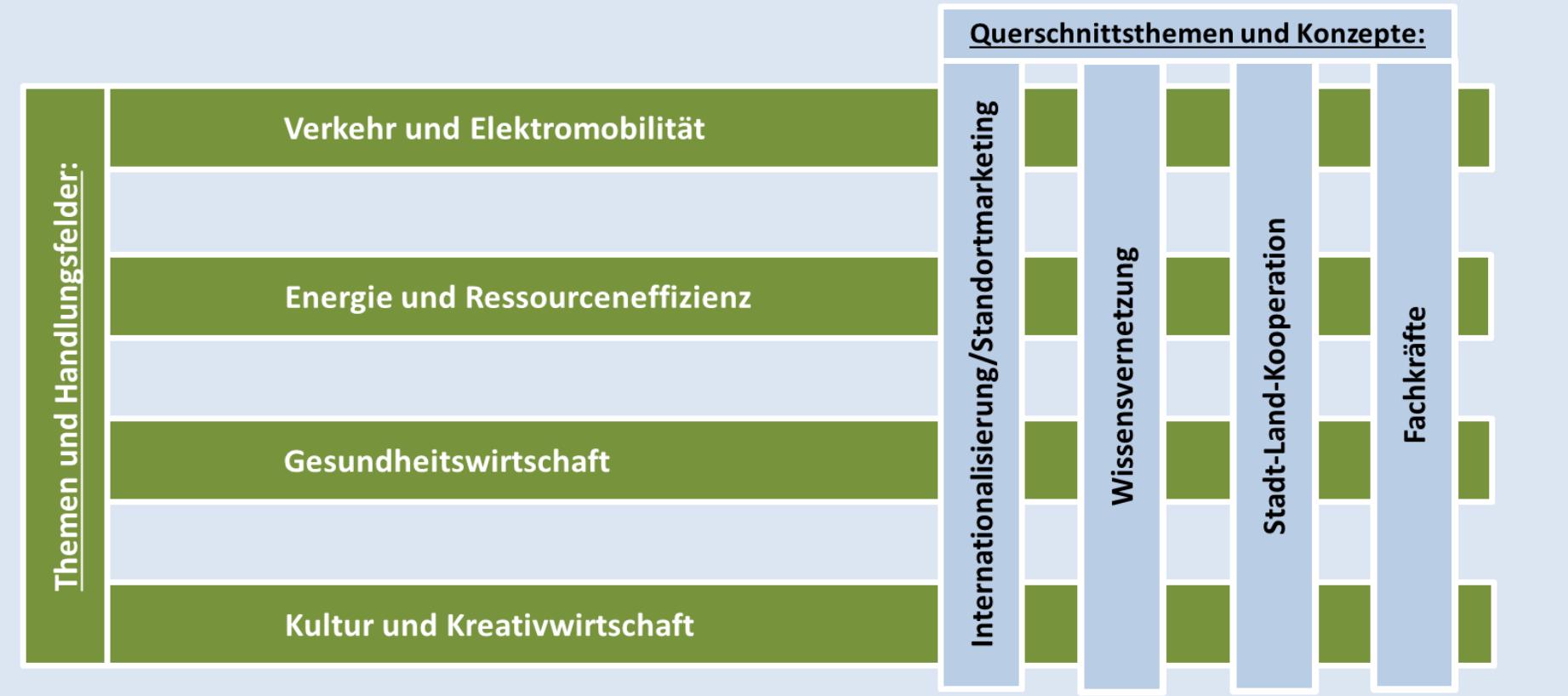
- (1) Gegenstand der Gesellschaft ist die **Förderung der Entwicklung der Teile Hannover, Braunschweig, Göttingen und Wolfsburg zu einer Metropolregion von europäischer Bedeutung**. Die Etablierung dieser Metropolregion soll einen Beitrag leisten, um die **wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit** im nationalen und internationalen Kontext langfristig zu sichern.
- (2) Die Aktivitäten der Gesellschaft sollen eine **Aufwertung** sowohl für die **Metropolregion als Ganzes**, als auch für die **einzelnen Teile** erzeugen und die **Herausbildung einer gemeinsamen regionalen Identität** stützen.
- (3) Die Arbeit der Gesellschaft soll die **Einbindung des Gebietes** der Metropolregion **in nationale und europäische Entwicklungsstrategien** erleichtern.



Metropolregion: zusammen wachsen

Das Arbeitsprogramm 2015 - 2019

Kooperationsräume: International | Deutschland | Norddeutschland | Metropolregional



Öffentlichkeitsarbeit und regionales Bewusstsein

- Internet und Social-Media
- Pressearbeit und Marketing
- Regionale Produkte

Das Handlungsfeld Gesundheitswirtschaft 2016 - 2019



- # Technologietransfer
- # Wissensvernetzung
- # Innovationsnetzwerke
- # Standortmarketing
- # Entrepreneurship
- # Internationalisierung

- # Verbesserung der Gesundheitsversorgung
- # Stärkung des ländlichen Raums
- # Senkung der Kosten
- # Stärkung des Patienten
- # Standortmarketing
- # Entrepreneurship
- # Internationalisierung
- # Fachkräfte sicherung



Von Versorgungsproblemen zu Lösungen und Innovationen durch IHE

Aktuelle Beispiele aus der Praxis

Medizinische Untersuchungen von Flüchtlingen

- Röntgen im Gesundheitsamt
- Befundung im Klinikum BS
- Beschleunigung des Verfahrens

Herzkatheter-Leistungen für andere Versorger

- Vor- und Nachsorge vor Ort
- Befundung im Klinikum BS
- Neue Dienstleistungen
- Patientenbindung erhalten

Informationsangebote für Patienten

- Zugriff auf Diagnoseinformationen
- Aufklärung und Schulungen
- Wiedereinweisungen verringern
- Patientenbindung erhöhen
- Stärkung des Patienten

Versorgungsverbesserung ist nur durch SGB- und sektorenübergreifende Zusammenarbeit möglich

Fehlende Standardisierung führt zu

- Vermeidbaren Kosten durch
 - Mehrfachuntersuchungen
 - Schnittstellenanpassungen
- Verhinderung von Verbesserungen
- Verringerung der Qualität durch unabgestimmte Versorgungsprozesse
- Abhängigkeit von Herstellern
- Hohen Betriebskosten

Standardisierung mit IHE

- Konzentration auf inhaltliche Verbesserungen → Wettbewerb der Medizin
- Zielgerichtete Investitionen
- Wettbewerb der besten Lösungen
- Innovative Produkte
- Sicherheit

eHealth.metropolregion

Der Inhalt:

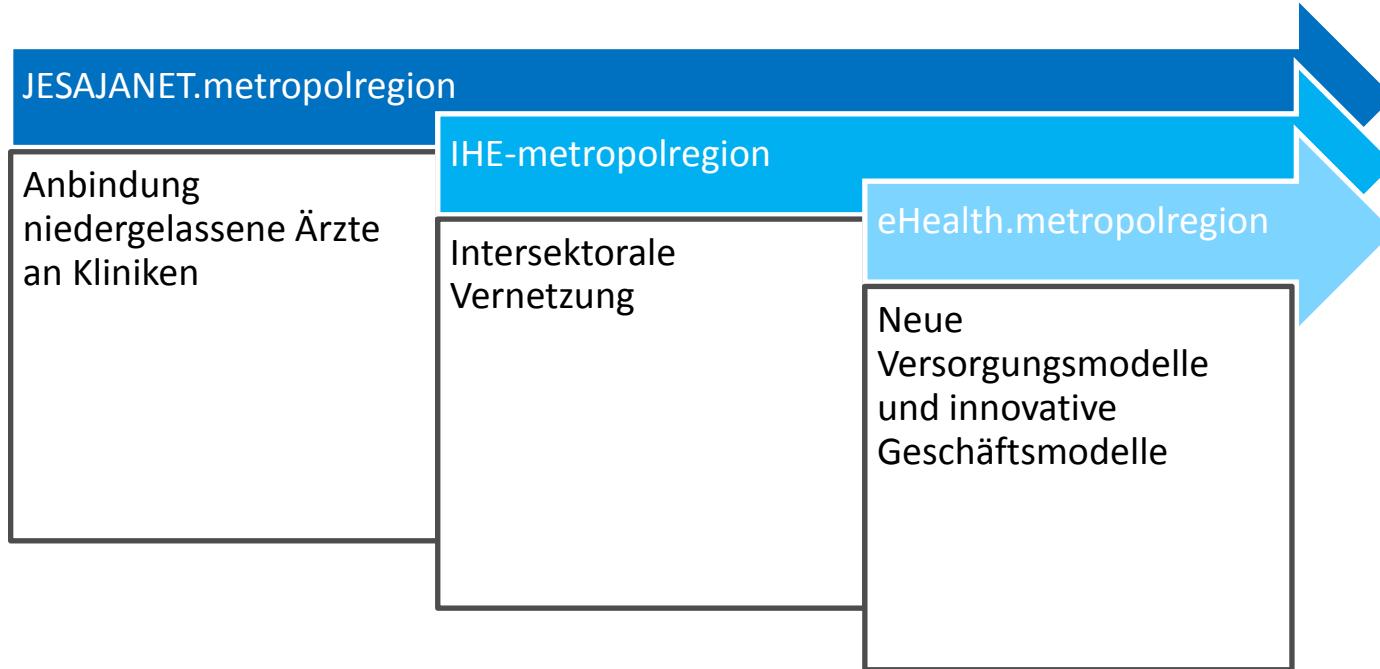
- Standardisierung von Schnittstellen im IT-Bereich (IHE-Standard)
- Aufbau eines offenen Gesundheitsnetzwerks von Krankenhäusern, niedergelassenen Ärzten, weiteren Einrichtungen
- Entwicklung des Clusters eHealth.metropolregion

Der Weg:

- Aufbau einer Projektstruktur in der Metropolregion
- Start mit einer relevanten Anzahl von Partnern
- Entwicklung eines Betreiber- und Finanzierungsmodells
- Sicherstellung des Datenschutzes
- Entwicklung eines Patientenportals
- Dialog mit Bürgern
- Entwicklung von digitalen Mehrwertdiensten und Geschäftsmodellen



Umsetzung



Aufgaben der Metropolregion:

- Kommunikation
- Koordination Projekte
- Akquise von Fördergeldern / Sicherstellung Finanzierung



Vielen Dank